

Hamburg, 17. September 2020

## **Stellungnahme zum Referentenentwurf**

# **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energierechtlicher Vorschriften**

## **1. Allgemeines**

Fast zwei Jahrzehnte lang wurden in Deutschland in erfreulicher Geschwindigkeit und mit viel Geld die erneuerbaren Energien ausgebaut. Damit haben Stromkunden und Erneuerbaren-Branche maßgeblich dazu beigetragen, dass Strom aus Sonne und Wind heute sehr günstig erzeugt werden kann und weltweit boomt.

Um nunmehr die Früchte zu ernten, darf man sich nicht länger an Problemen von gestern abarbeiten, sondern muss mutig und zielstrebig an Lösungen für Morgen arbeiten, um erneuerbare Energien sektorübergreifend in den Markt zu integrieren und zum neuen Normal zu machen. Im Mittelpunkt sollte dabei stehen die Bremsen und bürokratischen Fallstricke, in denen die erneuerbaren Energien feststecken, möglichst rasch und wirksam zu lösen.

LichtBlick SE spricht sich vor diesem Hintergrund dezidiert dafür aus, die EEG-Umlage abzuschaffen und den Ausbau erneuerbarer Energien aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren – insbesondere über die Einnahmen aus dem Europäischen Emissionshandel sowie aus dem ab dem kommenden Jahr geltenden CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Bereits dadurch würde ein Großteil der Bürokratie abgebaut und neue, auf Ökostrom basierende Energiedienstleistungen im Strom-, Wärme- und Verkehrssektor weitgehend marktgetrieben vorangebracht.<sup>1)</sup>

Von einem solchen Kurswechsel ist der vorgelegte Referentenentwurf weit entfernt. Er verharrt im alten, vor Bürokratie überbordendem System und erschwert die Investition in erneuerbare Energieanlagen an einigen Stellen sogar, wie im Folgenden erläutert werden wird.

## **2. Ausbaupfad zu unambitioniert**

Das im Referentenentwurf in §1 neu eingefügte Ziel, die Stromversorgung bis spätestens 2050 klimaneutral zu gestalten entspricht nicht den aus dem Paris-Abkommen

---

<sup>1)</sup> [https://www.dena.de/fileadmin/dena/Publikationen/PDFs/2020/KURZSTUDIE\\_Vorschlag\\_fuer\\_die\\_Senkung\\_der\\_EEG-Umlage\\_auf\\_null.pdf](https://www.dena.de/fileadmin/dena/Publikationen/PDFs/2020/KURZSTUDIE_Vorschlag_fuer_die_Senkung_der_EEG-Umlage_auf_null.pdf)

abzuleitenden nationalen Zielsetzungen. Tatsächlich erfordert die Begrenzung der Erderhitzung auf 1,5°C, dass die Energieversorgung bereits bis 2035 klimaneutral erfolgen muss.

Um den Zielen des Übereinkommens von Paris zu entsprechen, wäre bei der Windenergie an Land laut Umweltbundesamt ein jährlicher Ausbau von mindestens 5,5 GW pro Jahr erforderlich.<sup>2)</sup> Bei der Photovoltaik liegt der Paris-kompatible jährliche Ausbaubedarf in Abhängigkeit vom Zubaupfad bei Wind-Onshore und -Offshore auf bei bis zu 10 GW pro Jahr.<sup>3)</sup> Nimmt man das Ziel einer klimaneutralen Energieversorgung bis 2035 ernst, sind diese Werte als absolutes Minimum anzusehen. Der Bundesverband Neue Energiewirtschaft beziffert den Gesamtbedarf an der PV-Kapazität für einen klimaneutralen Energieversorgung auf 1.000 GW<sup>4)</sup>.

Dagegen fallen die im Referentenentwurf angesetzten Zielgrößen weit zurück. Bei Wind an Land sollen bis 2029 durchschnittlich 3,6 GW neugebaut werden, gleichzeitig die installierte Leistung bis 2030 aber lediglich von aktuell 54,5 GW auf maximal 71 GW steigen. Netto bedeutet dies ein Wachstum um lediglich 1,9 GW pro Jahr. Bei Ausbau der Solarenergie verharret der Ausbaupfad insgesamt – also Freiflächen- plus Dach-Anlagen – bei rund 4,2 GW pro Jahr. Hinzu kommen noch PV-PPA-Projekte, die außerhalb des EEG-Regimes errichtet werden. Die erforderliche Zielmarke von bis zu 10 GW jährlich ist aber bei weitem nicht zu erwarten.

### **3. Zu wenig Markt**

Strom aus Sonne und Wind ist inzwischen so günstig, dass er zeitweise bereits unter den jetzigen Marktbedingungen wettbewerbsfähig gegenüber konventionellem Strom ist. Dieser Erfolg sollte dazu ermuntern, die Marktbedingungen zugunsten erneuerbar erzeugtem Strom zu verändern. Dazu fehlen im Referentenentwurf jedoch entscheidende Bausteine:

- **Hemmschuh für kleinere PV-Anlagen**

Die EU-Erneuerbaren-Richtlinie RED II hält unmissverständlich fest: „Alle Verbraucher sollten unmittelbar am Markt teilnehmen können.“ Sie erhalten das Recht vom „passiven Verbraucher“ zum „aktiven Kunden“ (Prosumer) zu werden. Dazu sollen PV-Anlagen bis zu einer Leistung von 30 kW von Umlagen befreit werden, die ihre Wirtschaftlichkeit gefährden. Die EU zeichnet damit einen Weg vor, der die Stärken der dezentralen und vom Engagement zahlreicher Bürgerinnen und Bürger getragenen

---

<sup>2)</sup> <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/erneuerbare-decken-171-prozent-des>

<sup>3)</sup> [https://www.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2020/2020-01\\_DE-RE-Boost-2030/177\\_A-EW\\_Oekostromluecke-stopfen\\_WEB.pdf](https://www.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2020/2020-01_DE-RE-Boost-2030/177_A-EW_Oekostromluecke-stopfen_WEB.pdf)

<sup>4)</sup> <https://www.bne-online.de/de/news/detail/klima-mit-1000-gw-sonnenkraft-schuetzen/>

Energiewende in Deutschland voll zum Zuge kommen lässt. Der Referentenentwurf greift diese Steilvorlage aber in keiner Weise auf.

Die EU-Regelung zur Befreiung von Anlagen bis 30 kW von der EEG-Umlage für Eigenstrom wird nicht aufgegriffen, weder für Einfamilienhausanlagen noch für Erzeugergemeinschaften. Es bleibt bei der Befreiung von Kleinanlagen bis maximal 10 kW. Damit wird die Chance vertan, einen zweiten Bauboom der immer preiswerteren PV-Anlagen auszulösen. Und selbst bei ausgeförderten PV-Anlagen wird die Eigenstromnutzung auf Anlagen, die mit einem Intelligenten Messsystem (iMSys) ausgestattet werden, eingeschränkt. Dies ergibt bestenfalls bei größeren Anlagen über 7 kW Sinn, bei Kleinanlagen kommt dies einem Verbot der Eigenstromnutzung gleich. Der Geist der EU-Erneuerbaren-Richtlinie wird damit ins Gegenteil verkehrt. Hier wäre es stattdessen sinnvoll, ein standardisiertes Lastprofil für Prosumer<sup>5)</sup> einzuführen und für die Betreiber\*innen von Kleinanlagen unwirtschaftliche Investitionen in ein iMSys zu vermeiden.

- **Festhalten am Doppelvermarktungsverbots**

Bislang ist es in Deutschland kaum möglich, heimischen Ökostrom direkt an Endkunden zu liefern. Grund dafür ist das „Doppelvermarktungsverbot“. Strom, der über das Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG) gefördert wird, darf nicht als Grünstrom direkt an Kunden verkauft werden. Durch diesen Sonderweg ist es in Deutschland – im Unterschied zu den allermeisten EU-Staaten – nicht möglich, klimaschutzaffine Kunden, wie etwa die „Gigafabrik“ von Tesla, mit Grünstrom aus den sie umgebenden Windräder zu beliefern.

Um die rasch wachsende Nachfrage nach Ökostrom insbesondere auch in der Industrie bedienen zu können, müssten die restriktiven Vorgaben entrümpelt werden. Dies gilt zumal, da die Entscheidung künftig Mittel aus dem Bundeshaushalt für die Finanzierung des EEG einzusetzen einen Paradigmenwechsel mit sich bringt, der bisher möglicherweise vorhandene rechtliche Hemmnisse für eine Lockerung des Doppelvermarktungsverbot endgültig beseitigt.<sup>6)</sup>

Im Entwurf zur Novelle des EEG finden sich dazu jedoch keinerlei Regelungen. Damit wird die Chance vertan, die sich abzeichnende Ökostromlücke einzudämmen und zugleich die EEG-Kosten zu senken. Denn Herkunftszertifikate für Grünstrom haben einen Preis, der Anlagenbetreibern ein zusätzliches Einkommen ermöglicht, das von der EEG-Vergütung abgezogen werden kann.

---

<sup>5)</sup> [https://www.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2020/2020\\_06\\_goldenes\\_solarende/A-EW\\_188>Weiterbetrieb\\_PV-Anlagen\\_WEB.pdf](https://www.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2020/2020_06_goldenes_solarende/A-EW_188>Weiterbetrieb_PV-Anlagen_WEB.pdf)

<sup>6)</sup> [https://stiftung-umweltenergierecht.de/wp-content/uploads/2020/08/Stiftung\\_Umweltenergierecht\\_Wue-Berichte\\_50\\_Doppelvermarktungsverbot.pdf](https://stiftung-umweltenergierecht.de/wp-content/uploads/2020/08/Stiftung_Umweltenergierecht_Wue-Berichte_50_Doppelvermarktungsverbot.pdf)

- **PPA unter Wert behandelt**

Im Referentenentwurf wird richtigerweise angenommen, dass ein Teil des PV-Ausbaus über langfristige Lieferverträge („Power Purchase Agreements“ – PPA) unabhängig vom EEG finanziert wird. Wie unter Punkt 2 dargelegt, wird dies aber unter den im Referentenentwurf abgesteckten Rahmenbedingungen nicht im erforderlichen Maße eintreten. Ein Weg, die Potenziale des PPA-Marktes als marktwirtschaftlicher Treiber der Energiewende stärker auszuschöpfen, wäre die staatliche Übernahme einer finanziellen Absicherung von PPA-Projekten nach dem Vorbild der „Hermes-Bürgschaften“ für Exporte deutscher Unternehmen.

Gerade für kleinere und mittlere Unternehmen sind PPAs (noch) mit erheblichen Risiken verbunden, etwa im Falle von Lieferausfällen durch defekte (Alt-)Anlagen oder wegen Rechtsunsicherheiten bezüglich der Vertragslaufzeiten. Für diese Unternehmen wäre eine auf maximal fünf Jahre befristete Einführung eines Bürgschaftssystems für PPA-Projekte ein bedeutender Schritt für die Marktentwicklung und die Sicherung einer breiten Akteursvielfalt.

### **Ansprechpartner**

Ralf Schmidt-Pleschka  
Koordinator Energie- und Klimapolitik  
Communication & Public Affairs  
LichtBlick SE  
Hackescher Markt 4  
10178 Berlin  
Tel. +49 30 4005-4824  
Mobil: +49 151 21761177  
E-Mail: [ralf.schmidt-pleschka@lichtblick.de](mailto:ralf.schmidt-pleschka@lichtblick.de)

### **Über LichtBlick**

Vor über 20 Jahren fing LichtBlick an, sich als Pionier für erneuerbare Energien stark zu machen. Heute ist Ökostrom das neue Normal und LichtBlick Deutschlands führender Anbieter für Ökostrom und Öko-Wärme. Bundesweit leben und arbeiten über 1,7 Million Menschen mit der Energie von LichtBlick. 450 LichtBlickende entwickeln Produkte und Services für einen klimaneutralen Lebensstil. 2020 erwartet das Klimaschutz-Unternehmen einen Umsatz von 1 Milliarde Euro. LichtBlick gehört zum niederländischen Energiewende-Vorreiter Eneco. Eneco will bis 2022 saubere Energie für 2,5 Millionen Haushalte in eigenen Kraftwerken erzeugen.

Info: [lichtblick.de](http://lichtblick.de)